Führer durch, um den Massen Sand in die Augen zu streuen. Daß diese Opposition nur übelster Theaterdonner ist, plaudert jetzt die wohlinformierte bürgerliche Presse aus.

Die Berliner Börsenzeitung schreibt unter anderem:

„Man hält es in gut unterrichteten politischen Kreisen jedenfalls nicht für ausgeschlossen, daß die Sozialdemokraten zwar laut und vernehmlich erklären werden, daß sie die Notverordnung ablehnen, dem Kabinett jede weitere Unterstützung versagen und in die uneingeschränkte Opposition übergehen, daß sie dann aber hinzufügen werden, sie hielten es „mit Rücksicht auf die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen" für zweckmäßig, zunächst auf eine Einberufung des Reichstages zu verzichten und die parlamentarische Entscheidung über die neue Notverordnung und das Schicksal des Kabinetts Brüning auf einen späteren Zeitpunkt, beispielsweise auf Anfang Januar zu verschieben.

Zweck eines solchen Manövers wäre zweifellos, es der Sozialdemokratie zu ermöglichen, einesteils gegenüber ihren eigenen unzufriedenen Anhängern das Gesicht zu wahren, sich also ganz so zu gebärden, als ob die Tolerierungspolitik zu Ende und die SPD in die schärfste Opposition übergegangen sei, anderseits aber das Kabinett praktisch doch weiter zu tolerieren und, zunächst wenigstens, alle peinlichen und gefährlichen Konsequenzen des angeblich effektiven in Wirklichkeit aber nur fingierten Bruches zu vermeiden."

Wenn die sozialdemokratischen Führer glauben, daß die werktätigen Massen warten, bis die Wels, Tarnow, Breitscheid und Severing mit dem Studium der Notverordnung fertig sind, so haben sie sich getäuscht.

Die Brüningsche Notverordnung, die faktisch den Ausnahmezustand über Deutschland verhängt, hat für Sachsen deswegen eine besondere Bedeutung, weil ja damit der Kommunistischen Partei jede Möglichkeit genommen ist, Agitation und Propaganda für das rote Volksbegehren zu machen.

Auf eine Anfrage an das Innenministerium Sachsens wurde uns mitgeteilt, daß heute noch sämtliche Versammlungen, die angekündigt sind, stattfinden können, aber ohne Zweifel plant das sächsische Ministerium mit aller Konsequenz die Notverordnung im bezug auf Versammlungsverbote auch hier in Sachsen durchzuführen. Das würde heißen, daß die letzten traurigen Ueberreste der Verfassung verschwunden sind, daß es heute nicht einmal mehr möglich ist, auch die in der Verfassung festgelegten Wahlen und Volksbegehren durchzuführen.

Diese Notverordnung kommt dem Schieck-Kabinett sehr gelegen. Aber das werktätige Volk Sachsens wird jetzt erst recht das rote Volksbegehren der Kommunistischen Partei unterstützen In gemeinsamer und geschlossener Front marschieren die Werktätigen Sachsens gegen Schieckdiktatur, Faschismus und sozialdemokratischen Arbeiterverrat unter der Führung der Kommunistischen Partei.

Jugendkundgebung in Dresden

Fort von Hitler und Wels — Her zur roten Einheitsfront!

Die gestrige Jugendkundgebung gegen Hitler und Wels, für die rote Einheitsfront nahm einen glänzenden Verlauf. Unter stürmischem Beifall sprachen im großen Saale des Keglerheims der ehemalige Hitler-Jugendführer Böhme und der Dresdner Rußlanddelegierte der Dresdner SAJ Dullek, Neustadt, für das Bündnis der proletarischen Jugend unter revolutionärer Führung im Kampf um die Forderungen der arbeitenden Massen gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, für den Schutz der Sowjetunion des Vaterlandes aller Werktätigen.

Ein Vertreter des Zentralkomitees des Jugendverbandes forderte in zündender Ansprache die Dresdner arbeitende Jugend zum Kampf für den Sieg des roten Volksbegehrens in Sachsen auf. Eine Anzahl Aufnahmen für den Kommunistischen Jugendverband und für die Partei wurden gemacht.

Geprügelte Hunde bellen!

Angstgeschrei der Dresdner SPD-Führer über die Erfolge der kommunistischen Einheitsfront mit sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern

Immer, wenn eine neue sozialdemokratische Gemeinheit, ein neuer Akt des Arbeiterverrats der SPD vertuscht werden soll, fangen die SPD-Führer an zu schimpfen und gegen die KPD zu hetzen. Die Dresdner Volkszeitung wußte, daß die Einheitsfront von SPD-Franke bis Nazi-Klunge im Dresdner Rathaus bei den Werktätigen in ganz Ostsachsen einen einzigen Sturm der Empörung hervorrufen würde. Um abzulenken von diesen Schandtaten der nationalsozialistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront veröffentlicht die Dresdner Volkszeitung in ihrer gestrigen Ausgabe ein armseliges Geschreibsel, einen von Lügen und von Verleumdungen strotzenden Artikel mit der Ueberschrift „Kommunistische Affenschaukel".

In diesem Artikel wird von einem Gegensatz zwischen der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gefaselt. Auf dieses alberne Gerede einzugehen, verlohnt sich nicht. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

Weiter heißt es in diesem Artikel, daß die KPD Bedingungen stelle zur Bildung der Einheitsfront, und wörtlich schreibt die Dresdner Volkszeitung dann:

„Zu diesen Bedingungen gehörten: Streik gegen jede weitere Lohnsenkung, Bildung gemeinsamer Kampfausschüsse, Aktionen gegen die Massennot. Wer die kommunistische Wahnsinnstaktik der letzten Jahre kennt, der weiß, was das besagen soll, der weiß auch, daß die ganze Harzburger Front seit langem auf wilde Aktionen wartet, um das Vaterland „vor dem Bolschewismus zu retten".

Wer wundert sich darüber, daß die Tante vom Wettinerplatz der Meinung ist, daß Streiks gegen Lohnsenkung, daß Aktionen gegen die Massennot, daß politische Streiks gegen den faschistischen Arbeitermord „wilde Aktionen" seien? Diese „wilden Aktionen" können die SPD-Führer natürlich nicht mitmachen. Sie sind gegen Streiks und gegen den Kampf zur Niederringung des Faschismus, aber sie sind für Brüning, für Schieck und zwangsläufig auch für Hitler.

Einige Zeilen später schreibt die Dresdner Volkszeitung mit eiserner Stirn, mit kaum zu überbietender Frechheit:

„Während die Sozialdemokratie für das Zusammengehen von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind keine Bedingungen stellt und bereit ist, taktische Gegensätze bis zur Niederwerfung der faschistischen Gefahr zurückzustellen, ist die KPD dazu nicht bereit und sabotiert alle Bemühungen zu gemeinsamem Zusammengehen mit den dümmsten Manipulationen. Das ist wert, in den Betrieben angeklebt zu werden!"

Jawohl, das könnte ihnen so passen, daß die Arbeiter jetzt vergessen würden, was die sozialdemokratischen Führer seit dem Jahre 1918 in Deutschland gegen das werktätige Volk durchgeführt haben. Jeder ehrlich denkende Arbeiter weiß doch, wer die Einheitsfront sabotiert und es gibt wohl keinen denkenden Proletarier in Sachsen, der sich von diesem Geschreibsel der Dresdner Volkszeitung verwirren läßt.

Will man etwa leugnen, daß die Dresdner SPD-Leitung ihren Betriebsarbeitern verboten hat, mit den KPD- und RGO-Kollegen gemeinsame antifaschistische Betriebswehren zu bilden?

Daß die Sozialdemokratie auch Hitler tolerieren wird, wird die Dresdner Volkszeitung nicht abzustreiten. Aber indem sie das zugibt, greift sie zu einem der niederträchtigsten Manöver. Sie schreibt:

„Wissen Thälmanns Skribenten noch nicht, daß es den linke Flügel der SPD ist, der schon lange fordert, die Nazis an die Verantwortung zu lassen?"

Damit will die Lügentante vom Wettinerplatz offenbar beweisen, daß eigentlich **die gesamte Sozialdemokratie für die Tolerierung Hitlers ist**; daß solche „linken" Führer wie Böchel, die sogenannte Abnutzungstheorie gegenüber der NSDAP in Anwendung bringen wollen, ist ja bekannt. Diese „linken" Opportunisten der Praxis gleichzustellen mit den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern — das ist die Absicht der Dresdner Volkszeitung! Aber die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter, die heute noch das Mitgliedsbuch der SPD in der Tasche haben, hören den Ruf des Führers der Kommunistischen Partei, der in einem Appell an das werktätige Volk in Deutschland folgendes sagt:

„Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen den Einheitsfrontvorschalg in ehrlicher, brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich unsere Hand. Wir stehen ihnen zur Seite in ihren täglichen Nöten und Kämpfen. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind, die genau so leiden und ausgebeutet sind, wie alle Arbeiter in Deutschland. Deswegen schmieden wir mit ihnen gemeinsam die rote Einheit.

Wir fordern nicht von ihnen, daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: Daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!"

Die SPD-Führer werden niemals gegen den Klassenfeind kämpfen, aber sie bellen wie geprügelte Hunde, wenn sie sehen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich einreihen in die rote Klassenfront.

Die SPD-Arbeiter befolgen den Appell des Genossen Ernst Thälmann und werden sich auch von den gehässigsten und niederträchtigsten Schimpfkanonaden der Dresdner Volkszeitung nicht davon abhalten lassen.

Rote Wahlsiege in Württemberg

Stuttgart, 9. Dez. (Eig. Drahtb.)

Die Berichte aus Industrieorten des Württemberger Landes zeigen zum Teil glänzende rote Wahlsiege der Kommunistischen Partei und sind bedeutend besser als das Stuttgarter Ergebnis. An zahlreichen Stellen ist unsere Partei nicht nur in die Reihen der Sozialdemokratie, sondern auch der Brüningpartei in breiter Front eingebrochen.

Die hohen Stimmenzahlen ergeben sich aus einem besonderen Wahlsystem in den württembergischen Städten, wonach die Stimmenzahl für sämtliche Kandidaten zusammengezählt wird. Der Erfolg in Eßlingen hängt aufs engste mit dem der unter revolutionärer Führung andauernden Lederarbeiterstreik zusammen. In Nürtingen hat die KPD mehr Stimmen gewonnen, als die SPD verloren hat. In Ravensburg ging das Zentrum von 6 auf 4 Sitze zurück und verlor 4600 Stimmen.

Eßlingen a. Neckar: KPD 76 297 (37 379), 4 Sitze. SPD 66 740 (92 191), 3 Sitze; Christlicher Volksdienst 1766 kein Mandat. Deutschnationale 14 669 1 Sitz; Deutsche Demokraten 19 753 1 Sitz. Deutsche Volkspartei 20 833, 1 Sitz. Landwirte 22 398 1 Sitz. Nazis 64 446 3 Sitze. Zentrum 17 263 1 Sitz. (Die Zahlen in Klammern sind das Ergebnis der Wahl von 1928.)

Nürtingen: KPD 1335 (927) 3 Sitze. SPD 395 (497) kein Sitz. Nazis 661 (497) 1 Sitz.

Schweningen: KPD 3 Sitze. SPD 3 Sitze. Nazis 3 Sitze (Nazis machten Listenverbindung mit den Bürgerlichen).

Reutlingen: KPD 1902 (1864), 1 Sitz. SPD 4327 (6891) 4 (6) Sitze. Deutschnationale 330 (1065); Nazis 1491 (1134) 2 Sitze (Listenverbindung). (Die Zahlen in Klammern sind das Ergebnis der Wahl von 1930.)

Ravensburg: KPD 14 449 (1928: 2562).

Schwäbisch-Gmünd: KPD 2 Sitze (vorher keines). SPD keinen Sitz, Nazis 2 Sitze, Christlicher Volksdienst 1 Sitz, Zentrum 6 Sitze.

Die Nazis standen vielfach mit den Bürgerlichen auf einer Liste und gingen Listenverbindungen mit ihnen ein.

Die Wirkung der Klötzner-Briefe

Klötzner entlarvt die Nazi-Lügen

Unseren Lesern sind durch die Bezirksleitung der KPD als Antwort auf die widerliche Rußlandshetze des Klötzner und seiner Söhne, als von den Nazis gekauften Gesinnungslumpen, veröffentlichte Original-Klötzner-Briefe, die bei jedem Parteifunktionär zum Preise von 2 Pfennig erhältlich sind, in bester Erinnerung. Zeigte es sich doch, welche sich widersprechenden Schwindeleien von diesen Subjekten über die Sowjetunion verbreitet werden und zu welchen Schandtaten diese von der Knüppelgarde des Kapitals ausgehaltenen Elemente fähig sind.

Die von uns herausgegebenen Klötzner-Briefe verdienen angesichts dessen, daß der junge Klötzner gerade jetzt wieder in ganz Sachsen als Nazireferent herumreist und die gemeinsten Lügen über die Sowjetunion verbreitet, die stärkste Beachtung. Welche Wirkung diese Briefe in der Oeffentlichkeit hervorrufen, zeigt sich in einem Briefe, den Klötzner sen. an unsere Ortsgruppe Freiberg gerichtet hat und den wir nachfolgend im Original wiedergeben.

Freiberg den 27. November 1931.
An die Ortsgruppe der K. P. D. Freiberg.
Hiedurch teile ich Ihnen mit, daß ich meinen Austritt aus der NSDAP, formell per Post an die Gauleitung Sachsen am 27. Oktober 1931 per Post zurück sandte. Trotzdem ist auf mich eine ganze Reihe Verdächtigungen von einer Seite, von Ihnen plakatiert worden, die abgelehnt werden müssen. Außerdem bin ich aufgetreten (freiwillig als Mitglied der N. S. D. A. P. der Ortsgruppe Freiberg), weil ich erkannt habe, daß die Leitung der N. S. D. A. P. mit Lügen spricht und daß jemand derselben Luft, was sie bei der K. P. D. kritisiert.
Hochachtungsvoll
Friedrich Oskar Klötzner,
Landschuhmacher
Freiberg, i/Sa., Gabelsbergerstr. 39.

Die Ortsgruppe der KPD Freiberg hat der Bezirksleitung Sachsen den Brief des nationalsozialistischen Agitators Klötzner zugestellt. Die Bezirksleitung Sachsen hat vor wenigen Tagen die Originalbriefe der Klötzners aus der Sowjetunion herausgebracht um damit die Gesinnungslumperei sowohl des Klötzners als auch der nationalsozialistischen Agitation im allgemeinen dokumentarisch zu beweisen. Die Bezirksleitung hält es daher auch nach diesem Brief Klötzners für angebracht, der Oeffentlichkeit selbst eine Erklärung zu diesem Briefe zu geben.

Die Erklärung von Klötzner, in der er seinen Austritt aus der NSDAP ausspricht und seine Vorwürfe gegen die NSDAP in bezug auf ihre verlogene Agitation, ist nur die Folge der Tatsache, daß Klötzner sich durch die Herausgabe der Klötznerschen Originalbriefe als Gesinnungslump und Betrüger entlarvt sieht und nun einmal keine Möglichkeit mehr sieht, bei den Nazis für seine schmutzige Agitation Geld zu verdienen und wahrscheinlich noch im letzten Augenblick bei den klassenbewußten Arbeitern um gutes Wetter bitten möchte. Die Kommunisten haben den Klötzner in allen Versammlungen und in allen ihren Agitationsmaterialien als gekaufte Gesinnungslumpen gebrandmarkt. Der neuerliche Brief des Klötzners ändert an diesem Urteil gar nichts, sondern bestätigt nur, **daß Klötzner jeden Tag bereit ist, eine neue Gesinnungslumperei zu begehen.**

Wenn Klötzner mit seinem Brief den Zweck verfolgen sollte, sich bei der klassenbewußten Arbeiterschaft wieder anzubiedern, so stellt die KPD fest, daß solche **schmutzigen Elemente wohl in der NSDAP Platz und Verwendung finden können, aber im Lager der klassenbewußten Arbeiterschaft** und den Organisationen der Arbeiterbewegung **nichts zu suchen haben.** Von vornherein ist daher jeder Versuch der Anbiederung Klötzners an die Arbeiterbewegung zwecklos, da die revolutionären Organisationen im Interesse proletarischer Sauberkeit ihre Reihen vor dem Eintreten solch unsauberer Elemente bewahren und sie den Nationalsozialisten überlassen, zu denen sie ihrer ganzen inneren Einstellung und ihrer Gesinnung nach gehören.

Bezirksleitung Sachsen der KPD.

KPD fordert Einberufung des Reichstages

Wird die SPD wieder Brüning retten?

Die kommunistischen Mitglieder des Aeltestenrates haben am Dienstag, dem 8. Dezember, beim Präsidenten Löbe die Einberufung des Aeltestenrates für Freitag, den 11. Dezember, beantragt, für Stellungnahme zum Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Einberufung des Reichstages für Dienstag, den 15. Dezember. Als Tagesordnung haben sie vorgeschlagen:

1. **Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, der Notverordnung über die Zollermächtigungen vom 1. Dezember 1931 in Verbindung mit einer finanz- und wirtschaftspolitischen Aussprache.**
2. **Außenpolitische Aussprache, dabei im besonderen Stellungnahme zum japanisch-chinesischen Krieg und Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund.**
3. **Erklärung des Reichsinnenministers Groener zu den hessischen Mord dokumenten.**

5 060 000 Arbeitslose

Am 1. Dezember betrug die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen 5 060 000, das bedeutet eine Zunahme in der zweiten Novemberhälfte um rund 120 000 Erwerbslose. Fast die Hälfte aller Erwerbslosen erhalten nur noch Wohlfahrtsfürsorge oder gar keine Unterstützung mehr. Voll unterstützt werden nur noch 1 368 000 Erwerbslose.

Mit der Erwerbslosenziffer vom 1. Dezember ist der bisherige Höchststand der Arbeitslosigkeit in Deutschland überschritten.